

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der deutsche Anleiheplan in Amerika.

Washington, 6. Dezember. Einer Information aus maßgebender Quelle zufolge wünscht die deutsche Regierung eine Anleihe zum Einkauf von Lebensmitteln in Amerika zu erhalten. Um die Priorität für eine solche Anleihe zu erhalten, die die einstimmige Zustimmung der Reparationskommission erfordert, habe Deutschland bei den verschiedenen Regierungen Schritte unternommen. Im Staatsdepartement wird erklärt, daß ein Beobachter der Vereinigten Staaten in die Reparationskommission entsandt werde, dessen Instruktionen auf die Erklärung hinauslaufen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten für eine solche Anleihe keine Hindernisse sehe. Der Betrag der Anleihe, der als Beistand dienen soll, wird wahrscheinlich 70 Millionen Dollar nicht überschreiten und aus Holzverkäufen an die Vereinigten Staaten und England durch private Unternehmen gedeckt werden. Es würde sich also in keiner Weise um eine Anleihe der Regierungen handeln. Der deutsche Botschafter habe ein genaues Gesuchen dem „Foreign Office“ unterbreitet.

Zur Beschaffung von ausländischen Lebensmitteln für die deutsche Bevölkerung hält die Reichsregierung die Aufnahme einer Anleihe für notwendig. Dazu ist jedoch nach dem Verfall der Reparationen die Zustimmung der Reparationskommission erforderlich. Ein entsprechender Antrag wird, wie wir erfahren, an die Reparationskommission gerichtet werden.

Um den Beitritt Amerikas.

Neue Aufklärungen Frankreichs über die Befugnisse der Sachverständigenausschüsse.

Paris, 6. Dezember. (WTB.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission Logan auf seinen mehrfachen Besprechungen mit den französischen Delegierten dem Staatsdepartement neue Aufklärungen über die in Aussicht genommenen Sachverständigenausschüsse zugehen lassen. Die Franzosen hätten darauf hingewiesen, daß die Ausschüsse nicht mit den Ansichten von Hughes kollidierten, sondern als etwas ganz Neues betrachtet werden müßten; sie sollten in einem besonderen Schreiben an Logan erklärt haben, daß die Hilfsquellen des Ruhrgebiets ebenso wie die anderen Faktoren, die die Heilung und die künftige Leistungsfähigkeit Deutschlands berühren, geprüft werden könnten. Das eigentliche Programm der Ausschüsse soll nach der Ernennung durch die Sachverständigen selbst festgestellt werden. Die Vereinigten Staaten würden lediglich aufgefordert werden, die kompetenten Persönlichkeiten zur Befestigung an der Untersuchung — im allgemeinen Rahmen des bekannten Beschlusses der Reparationskommission — zu ermächtigen.

Landtagsauflösung in Braunschweig.

Braunschweig, 6. Dezember. (WTB.) In der gestrigen Landtagsitzung wurde ein Ermächtigungsgesetz mit 34 gegen 23 Stimmen angenommen; dafür stimmten die Sozialdemokraten und Demokraten, dagegen die Rechtsparteien. Nach dem Ermächtigungsgesetz werden die Mitglieder des Staatsministeriums von dem aus 30 Abgeordneten bestehenden Landtage gewählt und können jederzeit abberufen werden; ihre Zahl beträgt höchstens drei. Der gegenwärtige Landtag wird mit dem 26. Januar 1924 aufgelöst; Neuwahlen finden am 27. Januar 1924 statt. Ministerpräsident Dr. Jospert hat in seinen gestrigen Ausführungen u. a. es sei nicht wünschenswert, wenn jetzt die Selbstständigkeit Braunschweigs aufgegeben werde, da Braunschweig auf seine, wenn auch kleine Mitwirkung bei der Gestaltung der Dinge in Deutschland nicht verzichten solle.

Erwerblosenurruhen.

Braunschweig, 6. Dezember. (WTB.) Am Laufe des Dienstag, spät abends, kam es in Welfenbüttel zu größeren Erwerblosen Demonstrationen. Mehrere Geschäftshäuser, besonders in der Langen Herzogstraße, vor allem ein Konfektionshaus, wurden schwer heimgesucht. Mehrere Bäckereien wurden geplündert. Es gelang der Stadtpolizei, allmählich die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, wobei die zu Hilfe gerufene Braunschweiger Schutzpolizei, welche um 8 Uhr eintraf, nicht mehr eingreifen brauchte. Am gestrigen Mittwoch um 2 Uhr nachmittags sammelten sich auf dem Stadtmart in Welfenbüttel wiederum größere Menschenmengen an. Erst der wieder herbeigerufenen Braunschweiger Schutzpolizei gelang es, die Ansammlungen zu zerstreuen und die Straßen zu säubern.

Das Reichsschulgesetz begraben.

Ein erster „Erfolg“ der neuen Regierung.

Im Reichstagsausschuß für Bildungswesen gab Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern die Erklärung ab, daß der neue Reichsminister des Innern und das neue Kabinett zu der weiteren Behandlung des Entwurfs eines Reichsschulgesetzes noch nicht Stellung genommen hätten. Der Reichsfinanzminister habe den Entwurf als solchen bezeichnet, der wegen seiner finanziellen Rückwirkung und angesichts der Finanzlage des Reiches nicht weiter zu verfolgen sei. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß bei der augenblicklichen Lage eine Weiterberatung des Reichsschulgesetzes zurzeit nicht möglich sei. Die Stellung der Parteien sei unverändert. Eine Mehrheit für alsbaldige Beratung des Gesetzesentwurfes bestehe nicht.

In letzter Stunde.

Neuer Krisenpunkt im Reichstag.

Die für 1 Uhr angeordnete Reichstagsitzung ist plötzlich auf 2 Uhr verschoben worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist um 1 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die neue Lage zu beraten. Im Hause verläutet nämlich, daß die Deutschnationalen bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz den Saal verlassen und dadurch die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelpräsenz der Abgeordneten gefährden wollen. Daß die Deutschnationalen mit der Krisen machen spielen, ist bekannt. Ihnen kommt es lediglich auf Parteipropaganda an, wenn sie von den Bedürfnissen der Nation sprechen.

Wie wir weiter hören, hat die Regierung das Verlangen gestellt, daß der Reichstag nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes sich bis Ende Januar vertage.

Für den Fall der Auflösung.

Bei den Erörterungen über die Auflösung des Reichstages während der letzten Krise und im Anschluß daran hatte sich herausgestellt, daß die Weimarer Verfassung für den Fall der Auflösung des Reichstages nicht Vorkehrungen getroffen hat, um die Rechte des Reichstages in dieser Übergangszeit zu wahren. Ein Antrag Böde und Genossen, unterschrieben von den 21 Mitgliedern des Verfassungsausschusses, will jetzt Abhilfe schaffen, indem bei Artikel 35 der Reichsverfassung eingefügt wird, daß ein Überwachungs-ausschuß die Rechte des Reichstages wahrnimmt, auch für den Fall der Auflösung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages.

Volksnot vor dem Landtag.

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtags steht heute als erster Punkt die große Aussprache über die Notlage des Volkes.

Die vorliegenden Anträge fordern Maßnahmen zur Linderung der Not durch Volkspeisung, Zulassung von Brennmaterial, Fleisch- und Fettversorgung, Hergabe von Nahrungsmitteln für Kinder, Unterstützungsempfänger usw., ferner Maßnahmen gegen Bücher, Aufkaufserwerb, Brandstiftungen und Plünderungen auf dem Lande, ferner Erwerbslosenunterstützungen im belebten Gebiet sowie steuerliche Maßnahmen für linderreiche Familien.

In Verbindung damit beraten wird der Bericht des Volksernährungsministers über die Getreidemenge, der Zentrumsantrag über die Annahme von Notgeld durch die Reichsbankstellen sowie die große Anfrage der Deutschnationalen über die Sicherung der Brotversorgung und der Kommunisten über die Kundgebungen in Sorau anlässlich der Lebensmittelteuerung und das Vorgehen der Polizei.

Der Berichterstatter über die Beschlüsse des Hauptausschusses hebt hervor, daß alles gelinde müsse, um das Vertrauen zur Rentenmark zu festigen; das Mißtrauen gegen die Rentenmark verflüchtige sich am Volk.

Abg. Buchwiz (Soz.)

macht den Eigennutz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verantwortlich für die allgemeine Not. Es fehle an dem rechten Gemeinschaftsinn. Freilich sei eine Aufwärtsbewegung erst möglich, wenn unsere Gegner die Reparationsleistungen der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt hätten. Jetzt mache sich der schwere Schaden geltend, den die Befestigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft bedeute. Ein Vergleich zwischen den Friedenspreisen und den jetzigen Preisen zeige wie wahnsinnig die Preissteigerung sei. Im Frieden wurden z. B. 28 Pf. für ein Kilo Roggenbrot gezahlt, heute 43 Pf., der Speck kostete 2 M., heute 16 M.

Börse und Steuerverordnung.

Nach den gestrigen Londoner Notierungen ergibt sich eine Kurssteigerung von 15,5 auf 22,5 Billionen für das Pfund. Auch in New York und an anderen Plätzen lag die deutsche Mark wieder schwächer. Diese Vorgänge werden von der Berliner Bankwelt mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Man nimmt an, daß die Reichsbank nötigenfalls an den ausländischen Börsen intervenieren werde, um wilde Spekulationen in Papiermark nach der einen oder anderen Richtung zu verhindern, da sie bestrebt sei, unter allen Umständen an dem Verhältnis von 1 Dollar = 4,2 Billionen Mark festzuhalten. Heute wurden die amtlichen Devisen wieder unverändert notiert. Im Verlaufe der Börse gingen ausländische Marktnotierungen ein, die wieder unter den gestrigen Kursen lagen. Die wichtigsten Devisen wurden heute mit 3 Proz. zugeteilt.

Hinsichtlich der Geldmarktlage besteht die Auffassung, daß die nächsten Tage eine erhebliche Verstärkung bringen werden. Man rechnet damit, daß noch in dieser Woche die Steuerverordnung bekanntgegeben wird, und daß die darin vorgesehenen Zahlungen noch vor Weihnachten eingezogen werden. Heute zeigte der Geldmarkt bereits ein etwas feineres Gepräge. Man forderte für tägliches Geld 2 1/2 bis 3 Proz.

Die Tendenz für Effekten bleibt nach wie vor ziemlich flau. Die Kurse bewegen sich auf der gestrigen Höhe. Sehr stark war allerdings das Geschäft in festverzinslichen Werten, die zum Teil erhebliche Kurssteigerungen erzielten. Es verläutet an der Börse, daß Mitte Dezember eine Aufwertung gewisser landwirtschaftlicher Papiere stattfinden solle. Näheres darüber dürfte erst in den nächsten Tagen bekannt werden. Goldanleihe wurde unverändert mit 4,2 notiert.

Englische Wahlhoffnungen.

V. Sch. London, 4. Dezember.

Je näher der Wahltermin heranrückt, desto eifriger ergingen sich die hiesigen Blätter in Prophezeiungen über die voraussichtlichen Ergebnisse. Im allgemeinen stimmen die Herren Propheten aller Richtungen dahin überein, daß weiterschütternde Ueberraschungen wenig wahrscheinlich sind. Die einzige, allerdings sehr wichtige Frage, über die die Meinungen auseinandergehen ist die, ob es den Konservativen gelingen wird, eine klare absolute Mehrheit im Unterhaus zu behaupten. Wohl wird selbst in konservativen Kreisen zugegeben, daß die Regierungspartei ihren ungeheuren Mandatsbestand aus dem verflochtenen Unterhaus (346 von insgesamt 615 Sitzen) nicht ganz werde aufrechterhalten können und daß sie mit einem Verlust von etwa zwei Duzend Sitzen rechnen müsse. Dieser Verlust wird eben die Folge der Uneinigkeit in den eigenen Reihen über die Frage der Zweckmäßigkeit von Schutzzöllen sein. Aber auch dann würde die absolute Mehrheit der Konservativen noch immer genügend klar sein, um Baldwin das Weiterregieren zu gestatten.

Die Gegner der Konservativen halten es indessen für durchaus möglich, ja für wahrscheinlich, daß der Rückgang der Regierungspartei stärker zum Ausdruck kommt, so daß entweder ihre absolute Mehrheit so minimal wird, daß sie praktisch wertlos sein würde, oder gar direkt verloren geht. Ein solcher Ausgang wäre infolgedessen von großer Bedeutung, als er die Alleinherrschaft der Konservativen unmöglich, d. h. eine Neuaufgabe der früheren liberal-konservativen Koalition notwendig machen würde. Dann wäre Lloyd Georges Stunde auf einmal wieder da, denn er wäre der gegebene Mann für die Bildung einer solchen Koalitionsregierung. Das ist übrigens das offene Ziel eines Teils der konservativen Londoner Presse, der am Freihandel festhält und Baldwin zum Teufel wünscht, weil er durch seinen plötzlichen Beschluß, Neuwahlen über die Schutz Zollfrage auszusprechen zu lassen, die eigene Partei in Verwirrung und die eigene Uebermacht in Gefahr gebracht hat. Eine solche Koalition entspricht auch zweifellos den Wünschen von Lloyd George selber, der es abseits der Regierungsgeschäfte, wie es scheint, schwer aushalten kann, aber mit Rücksicht auf Asquith und den linken Flügel der Liberalen hat er es bisher vermieden, sich selbst über derartige Zukunftsmöglichkeiten zu äußern.

Daß die Konservativen etwas verlieren werden, steht also fest. Offen bleibt aber nicht nur die Frage: Wie viel? sondern auch die Frage: An wen? Auch darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Liberalen erhoffen von ihrer vollzogenen Einigung und von einer Unterstützung durch konservativen, aber freihändlerische Stimmen einen so erheblichen Zuwachs, daß sie als die zweitstärkste Partei ins Unterhaus zurückkehren und — auch gegenüber einer rein konservativen Regierung — die Arbeiterpartei von ihrer Stellung als offizielle „Opposition Seiner Majestät“, wie der klassische Ausdruck lautet, verdrängen würden. Für die Arbeiterpartei ist dies eine Frage von großer moralischer Bedeutung. Zweifellos hat sich ihr Prestige im ganzen Lande wesentlich durch die Tatsache erhöht, daß sie im November vorigen Jahres zum ersten Male die offizielle Oppositionspartei wurde. Und da MacDonald die schwierige, aber bedeutungsvolle Rolle des Führers der Opposition mit großem Geschick und täglich wachsender Autorität ausgeübt hat, wäre es für sie ein harter Schlag, wenn sie schon nach einem Jahre die Stellung zugunsten der Liberalen aufgeben müßte. Indessen ist man in den führenden Kreisen der Arbeiterpartei nicht nur davon überzeugt, daß man den letzten Mandatsbesitz erfolgreich verteidigen wird, sondern man hofft sogar auf einen Zuwachs, der groß genug sein dürfte, um die Ambitionen der Vereinigten Liberalen auf die offizielle Führung der Opposition zu vereiteln. Optimistische Genossen rechnen mit einem Gewinn von etwa 15—20 Sitzen gegenüber den 144, die die Partei bereits innehat, während skeptischere einen solchen von nur 10 Sitzen voraussetzen. In letzterem Falle würden die Liberalen, die bisher zusammen 117 Mandate zählten und die ebenfalls einen Zuwachs erwarten, noch immer um etwa zehn Stimmen hinter der Arbeiterpartei zurückbleiben. Umgekehrt sagen liberale Blätter einen Gewinn von etwa 30 Mandaten für ihre Partei voraus, sowie einen Rückgang der Arbeiterpartei.

Wie dem auch sei und wer auch letzten Endes in dieser Frage recht behalten mag, das Ringen um die offizielle Oppositionstellung hat die Erbitterung, mit der sich Liberale und Arbeiterpartei bekämpfen, gesteigert, und diese ist kaum geringer als zwischen Arbeiterpartei und Konservativen. Dazu kommt noch die tiefe und durchaus verständliche Abneigung der Arbeiterschaft gegen Lloyd George und vor allem gegen dessen Sekundanten Winston Churchill. Letzterer, der im vorigen Jahre in der schottischen Hafenstadt Dundee vom Genossen E. D. Morel vernichtend geschlagen wurde, hat sich nach einer freundlicheren Gegend umgesehen und kandidiert diesmal in der alten liberalen Hochburg Leicester, wo ihm als Vorkämpfer des Freihandels mehr Glück beschieden sein dürfte. Doch haben ihm die dortigen Arbeiter das Leben sehr schwer gemacht und jede seiner Wählerveranstaltungen verlief sehr lebhaft. Wenigstens für englische Begriffe. Am Montag war er in London und hielt drei Versammlungen in verschiedenen Teilen der Riesenstadt ab, die, wie die Blätter heute berichten, sehr „stürmisch“ verliefen. Ich habe jedoch einer dieser Versammlungen selbst beigewohnt und mich

gestehen, daß ein englischer „Sturm“ recht harmlos im Vergleich zu unseren deutschen Kadaverparaden erscheint. Gewiß, an Zwischenrufen fehlte es nicht und der Redner hatte zeitweilig Mühe, sich durchzusetzen. Aber alles in allem verlief die Veranstaltung für deutsche Begriffe ruhig. Ich hatte übrigens die Empfindung, daß nur eine kleine Minderheit dem Redner Beifall klatschte und daß die Ovationen, die ihm bei seinem Erscheinen von dieser Minderheit dargebracht wurden, nicht aus dem Herzen kamen. Der überwiegende Teil der Anwesenden verhielt sich kühl-neutral, und ein nicht unerheblicher Teil, vor allem Anhänger der Arbeiterpartei, aber auch Konservative, direkt feindselig. Jedenfalls konnte man aus dieser Versammlung den Eindruck gewinnen, daß die liberalen Blätter etwas übertreiben, wenn sie von einem großartigen Wiederaufstieg der liberalen Partei sprechen.

Insmerhin hat die Arbeiterpartei schwer zu kämpfen, um ihre Stellung als zweitstärkste Partei zu behaupten. Insbesondere sind die beiden Führer Ramsay MacDonald und Arthur Henderson in ihren Wahlkreisen arg bedroht, da sich gegen sie ein Bürgerblock gebildet hat, um sie zu Fall zu bringen.

Aufruhr wegen Steuerleistung.

Kein Tag vergeht, an dem nicht zahllose Kundgebungen kapitalistischer Organisationen gegen die beschiedenen Steuererhöhungen veröffentlicht werden. Weder die Erklärung des Finanzministers Luther, daß es für das deutsche Volk keine Lebensmöglichkeit mehr gibt, wenn es nicht gelingt, den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, noch die Erklärung des Reichskanzlers Brüning, daß das Finanzproblem jetzt über Sein und Nichtsein des Reiches entscheide, haben auf die Steuerdrückeberger und Inflationengewinnler irgendeinen Einfluß gehabt.

Das kräftigste in dieser Beziehung aber hat sich die „Versammlung ehrbarer Kaufleute“, d. h. die Spitze des Hamburger Handels, in der der gemessene Reichskanzler Brüning die Hauptrolle spielt, geleistet. Diese Körperschaft hat einstimmig eine Entschickung angenommen, die die „überreife“ Steuerreform grundsätzlich ablehnt und insbesondere gegen die geplante Reform der Einkommensteuer für das Jahr 1924 den schärfsten Einspruch erhebt. Am Schlusse der Entschickung heißt es:

„Die Hamburger Kaufmannschaft gibt in aller Offenlichkeit die Erklärung ab, daß die Erhebung der vorgesehenen, nicht abmildbaren neuen Steuer, die fälschlich als Einkommensteuer bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber eine Besteuerung des Umsatzes bedeuten würde, dazu führen müßte, ab 1. Januar 1924 ihre unter großen Opfern begonnene Wiederaufbauarbeit einzustellen und Selbstschutzmaßnahmen einschneidender Art zu ergreifen.“

Die Hamburger Kaufleute drohen also ganz offen mit der Aufhebung gegen Reichsgesetze und mit der Anwendung bayerischer Methoden. Man darf gespannt sein, ob die Reichsregierung vor dieser Drohung kapitulieren wird. Sie muß sich darüber im klaren sein, daß sie mit jedem Nachgeben die volle Verantwortung für den Zusammenbruch der Reichsfinanzen und des Reiches auf sich ladet. Greifen die Kapitalisten zu Selbsthilfemaßnahmen, um sich von den Steuerlasten zu drücken, dann kann auch jeder andere Steuerpflichtige mit dem gleichen Recht den Steuergeboten die Achtung und Befolgung verweigern.

Ein Schützling des Landbundes.

Man schreibt uns aus Hessen:

Einer der reichsten Leute in der Gegend von Hofgeismar, der Sandwirt Müller, stand vor einiger Zeit wegen Warenzurückhaltung vor dem Wuchergericht in Kassel, mußte aber, da der Tatbestand nicht klar erwiesen war, freigesprochen werden. Nicht zufrieden damit ging der kurhessische Landbund, dessen Mitglied Herr Müller ist, gegen den verfolgenden Oberstaatsanwalt Dr. Röhl mit großem Geschick vor und warf diesem gewissenhaften und darum offen Wucherern tödlich verhassten Beamten u. a. Rechtsbeugung vor.

Zwischen Spitze und Mitte.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wenn das Beste Feind des Guten, das Gute Feind des Mittelmaßes ist, so darf man sich in einer Woche, in einem Monat, da Kreisler spielt, um keinen seiner mehr kümmern. Klingt das wie Ungerechtigkeit, so wird sie größer, sobald man das Vergleichsmuster zu nah in Herz und Ohr hat. Dennoch: die ganz Großen sind's vom Anbeginn, sie wachsen als Phänomene kaum mehr (bis auf die tiefere menschliche Reife). Joachim, d'Albert, Kreisler, Beethoven, Heine, Fiesch — sie hatten ihren Ruf, als sie angingen. Ihre bewußte Leistung hieß und heißt: Ausschalten auf der Höhe. Kreisler nun vereint das Musikantenpublikum und das der Gesellschaft um sich. Er spielt den schönsten, besetztesten, fibrigsten, reinsten aller edlen Geigenläute und bindet Anmut, Sicherheit, Wärme und Kunstgewissen zu einem Ganzen, das Mensch zu Menschen führt. Er ist ein Künstler, kein Deuter. Seine Exemplifizierung auf den Klang als aller Musikwesensform ist allgütig und trifft — etwa in der glückhaften G-Dur-Sonate von Brahms — das Richtige. Noch mehr natürlich in den kleinen Tanzbearbeitungen, die auf Kreislers Wesen, Form und Technik seit einem Jahrhundert gewartet zu haben scheinen. Es herrsche eine Lust und eine Freude, eine Andacht in der Philharmonie, daß man nicht überlege, weshalb eine Agentur nach ungeschriebenen Gelehrer plötzlich die Eintrittskarte gesperrt hatte: Der Reinertrag fiess dem Verein für Berliner Volkspeisung zu.

Gehört Erich Kleiber, der Staatsoperführer, zu den Aussergewöhnlichen? Immer wieder die gleiche Frage bei dem eisernen, glühenden, im Hochbetrieb schaffenden Mann. Er dirigiert das dritte der Staatsoperkonzerte (die, nebenbei gesagt, die billigsten aller Berliner hochwertigen Konzerte sind). Mit großem Beifall empfangen, mit großem Jubel nach der Mozartschen Sinfonie D-Dur (Nr. 319) begrüßt. Zwischen beiden Polen der Zustimmung liegt die Wahrheit in der Mitte ist beides Bescheiden. Die Ouvertüre zur Sinfonie „Befall“, mehr klingende als bedeutsame, jedenfalls vorgefertigte Musik wurde unter Kleibers Arm zum Rabinetsstück, temperamentvoll die geistlichen Kleinheiten verdrängend. Die Mozartsche Sinfonie, selten gehört, von einer unerhörten Bescheidenheit, Weichheit und Süße der Themen, die sogar ein Finale fast in Wenigkeitstimmung taucht, liegt in der Reichheit und Lockerheit des Satzes Kleiber viel weniger. Er muß seine Faust wohl dazu zwingen, Sammetfäden auszuspinnen. Die Haltung ist die eines Kämpfers, und die Lobliebe die eines von der Gottheit freudvoll Besegneten. Daß Kleiber sich zu Mozart bekannte und es (im Andante z. B.) eindringlich fühlen ließ, sei ihm gedankt. Er ist ein vielseitiger Mann, der sich selber erziehen wird. Auf sein nächstes, Scriabine gewidmetes Konzert sind wir gespannt.

Das Wiederholungskonzert des „Berliner Lehrer-Gesangvereins“ zeigte aufs neue die hohe Qualität des großen Männerchors (in Werken von Hegar, Beder u. a.). Die Wüstung und Lösung der Dynamik ist bei großartigem Material so gut, daß das Fehlen von Frauen- und Instrumentalkörpern nicht mehr vermist wird. Was dieser preisgekrönte Verein kann und leistet, das verdankt er Fritz Schmidt. Es war korrekt, dennoch schön, daß man den alten Herrn, der nun passiv den Darbietungen zuhört

Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts hat nun der Pressenausschuß des Preussischen Richtervereins für den Bezirk Kassel in einer Zuschrift an die „Kasseler Zeitung“ als Entgegnung auf die Angriffe vom Syndikus des kurhessischen Landbundes den Herrn Müller so gemalt, wie er wirklich ist. Auf Grund des amtlichen Materials und des Auszuges aus den Akten ergibt sich das folgende Selbstbild:

Müller hat wegen seines Geizes und seiner Habgucht einen ungemöhnlich schlechten Ruf in der Gegend. Die Witten der Wohlfahrtsvereine und der Armen sind bei ihm fast niemals Gehör. Sein Geiz und seine Habgucht sind in Hofgeismar sprichwörtlich geworden. Nach den Zeugenaussagen hat Müller auf seine Wohnung, die städtische Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, geantwortet: „Die Städter können Papiergeld fressen, damit sie schlanke Taillen kriegen.“ Die Bemeisnahme ergab ferner, daß Müller seine Milchkuhe aus Geizsucht abgeschafft und auf den Vorhalt, daß auf diese Weise die Milchversorgung der Kinder gefährdet werde, geantwortet habe: „Die Kinder können Jause kaufen.“ Einem anderen Zeugen gegenüber hat der Angeklagte geäußert, er werde lieber die Milch auf den Mist schütten, als sie abliefern. Als er aufgefordert wurde, Lebensmittel für die Hofgeismarer Bevölkerung abzuliefern, erklärte er: „Die Hofgeismarer können Gras fressen.“ Als Müller gebeten wurde, für das Siechenhaus in Hofgeismar Kartoffeln zu liefern, antwortete er, die Siechen sollten zu ihm kommen und die Kartoffeln selbst ausbuddeln. Für seine eigene Mutter, die Rentiere ist, hat Müller, obwohl er der reichste Mann in Hofgeismar ist, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen versucht.

Für jeden reinlichen Menschen mit beschränktem Unternehmungsstand wäre es selbstverständlich, wenn der kurhessische Landbund von einem solchen Kollegen abblühte. Statt dessen stellt sich der kurhessische Landbund und sein Syndikus schützend vor eine solche edle Blüte der Nation. Es ist gewiß nicht abwegig, anzunehmen, daß es solche Müllers auch noch in anderen Landbänden gibt, die gegebenenfalls nach berühmtem Muster von Kurhessen ebenfalls schützend ihre Hand über derartige Mitglieder hätten.

Unerwünschte Propaganda.

Seltames aus Amerika.

Das „Kasseler Tageblatt“ macht auf ein Schreiben des Chefredakteurs einer deutschsprachigen Chicagoer Zeitung aufmerksam, in dem es heißt:

„Wir wissen natürlich ganz genau, wie schrecklich die Zustände im armen Deutschland sind, und wir kämpfen unermüdet, dem deutschen Volke die Unterstützung der amerikanischen Regierung zum Ankauf von Lebensmitteln, die hier in großen Massen des Ueberflusses wegen verderben und unsere Farmer bankrott machen, zuzuführen. Bedäglich die Unfähigkeit der deutschen Beamten (Botschafter, Konsuln) in Amerika haben das bis jetzt verhindert. Letztes Jahr hatten wir eine Bewegung eingeleitet, um 75 Millionen Dollar vom amerikanischen Kongress zum Ankauf von Nahrungsmitteln zu bekommen, ich leitete das Hauptbureau dieser Bewegung hier in Chicago; alle Kongressleute und Senatoren waren von uns mit Petitionen zugunsten Deutschlands überhäufert worden, wir hatten praktisch eine Majorität des Kongresses, da kam der deutsche Botschafter Wiedefeld und erklärte der Regierung in Washington und uns, daß ihm nach wie vor unsere Propaganda für Deutschland unerwünscht sei (der Originalbrief mit der Unterschrift des Botschafters ist sorgfältig aufbewahrt) und nahm uns damit den Wind aus den Segeln. Dem Botschafter aber war unsere Hilfe für das ganze deutsche Volk unerwünscht, weil er von wohlbekannten Kreisen bearbeitet war, deren Privateigentum von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt war und die ihm näherstanden, als die großen Massen seines Volkes. Jetzt machen wir den Versuch erneut, um das Schlimmste einer Hungersnot, wenn möglich, abzuwenden.“

Die Geschichte erinnert an die 100000 Reichsmark, die deutschfreundliche und deutschstämmige Amerikaner im Jahre 1920 den notleidenden Deutschen zu schenken beabsichtigten, gegen deren Abtransport aber intrigiert wurde, weil sich die deutschen Behörden nicht darüber einigen konnten, wer den Transport der Hilfe zu übernehmen habe.

und sicher bei seiner Elastizität den Direktorposten nicht gern verlassen hat, demonstrativ ehrte. Hugo Rabel setzt sein Werk fort, mit Erfolg bei seiner Routine. Er wird bald sämtliche Männerchöre Berlins und der Umgebung unter seinem Stabe vereinen. Während hier in der Hochschule die Kraft und die Mannesstärke triumphieren, tanze man im Nebenraum ganz Weiblichkeit, Grazie, anmutigen, wenn auch veralteten Schritt, einen wirklich hübsch erfindenden Reigen, aber nicht den Schnitzlerchen, sondern eine Idee der Grete Wienholt. Bei der Ausführung war H. R. H., ausführende begabte Gevinnen und Cleven der staatlichen akademischen Hochschule. Das Stückchen heißt „Die Biene“ und kann sich lassen (mit Ellen Hamburger als Königin, Bernhard Kern und Eise Blagmann). Diesmal war der Tanz in einer neuen Handlung keine Begleitung der Musik, sondern Hauptteil der Pantomime. Gut so, denn die Musik Frankenstein ist in ihrer Butormut nicht sehr animierend.

Von van Gilse dirigierte die 3. Sinfonie von Brahms recht ausdruckslos und mit dem Effekt absoluter Gleichgültigkeit. Besser gelang sein eigenes Werk: Sinfonie A-Dur. Sie ist nicht bedeutend, aber gut gemacht, wenig gesucht im Klang, ansprechend und musikalisch im Thematischen. Die Sätze haben keine spezifische Eigenart, sie springen mit der Wirkung des Ersten, Heiteren, Pathetischen recht frei um; aber Begabung ist sicher viel vorhanden, und bei geeigneter Zusammenfassung aller inneren Kräfte dürfte auf dem Weg bis zur 9. Sinfonie noch ein wirklich gutes Werk entstehen. Noch schwerfälliger, ja direkt ungeschickt dirigierte der Musikhistoriker Robert Sondheimer. Die Bocherini-Sinfonie C-Dur, die er ausgraben hat, ist um ihrer gefälligen, einträglichen, beschwingten Lebensart willen lebensfähig. Er reiche den Laststock einem nicht-jünglichen. Rosita Renard ist hochmusikalisch, präzise, behende und fingerfertig als Pianistin. Rameau mit klingenden Klein-Sächchen und Chopin (Sonate H-Moll) liegen ihrer ausdrucksvollen Weiblichkeit gut. Bedauerlicherweise und Verschämtheit sind abzulegen, zumal eine Verwischung der Ledart überflüssig ist. Henry Christofferson bezwingt sein großes Publikum durch Milde, Weichheit und Klangschönheit seines Baritons. Große Steigerungen gibt weder der Mensch noch die Stimme her. Das lyrische Lied Schuberts erfüllt er ganz. Vor dem Prometheus-Drama aber hat mich die Furcht vor Süße hinweggeschleucht.

Michelangelo und der Schneemann.

Ein starker Schneefall war die Ursache, daß die Familie Medici dem jungen Michelangelo ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Wie das kam, erzählt Georg Brandes in seinem soeben in Erich-Reiß-Verlag zu Berlin erschienenen Werk „Michelangelo Buonarroti“. Der große Lorenzo von Medici, der ein Förderer aller Künste war, hatte sich schon mit dem Knaben beschäftigt. Es wird erzählt, daß Michelangelo in dem Garten Lorenzos, der für den Besuch aller geöffnet war, unter den dort aufgestellten antiken Statuen den Kopf eines bärtigen, grinsenden Satyr fand und in sich den Drang verpürte, diesen Kopf, dessen Mund stark gelächelt hatte, in Marmor nachzuahmen. Das glückte ihm in wenigen Tagen. Da der lachende Mund offen stand,

„Das Rheinland und wir“.

Die „endgültige Befreiung“ der Deutschnationalen.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Raas zitierte in seiner gestrigen Reichstagsrede einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, in dem angetragen wurde, die besetzten Gebiete preiszugeben, um das Restdeutschland zu sanieren. Es scheint der „Deutschen Tageszeitung“ nicht ganz angenehm zu sein, an diesen Auffassungen erinnert zu werden. In längeren Ausführungen versucht sie den Eindruck, den das Zitat im Reichstag hinterließ, abzuschwächen. Sie kann zwar nicht leugnen, daß das Ziel der Deutschnationalen die Aufopferung des Rheinlandes und der Ruhrgebiete ist, versucht diese Politik aber mit dem trostreichen Hinweis auf die „endgültige Befreiung der vorgewaltigten Gebiete“ zu entschuldigen, auf die die Deutschnationalen hinarbeiten. Vielleicht erinnert sich die deutschnationalen „Deutsche Tageszeitung“ an das Argument des deutschnationalen „Tag“, mit dem die Ansprüche der Sunter auf Preußen plausibel gemacht werden sollten.

Außerdem würde, so hieß es da, wenn sich eine Sonderstellung des besetzten Gebietes in irgendeiner Art ergeben würde, eine parlamentarische Machtverflechtung nach rechts (in Preußen. Ann. d. Red.) herbeigeführt werden.

Diese Reichsmächteurteilung läßt darauf schließen, daß dem Deutschnationalen zunächst weniger an einer endgültigen Befreiung der besetzten Gebiete als von den besetzten Gebieten liegt.

Wertbeständiges Preußengeld.

Nach den Bedingungen der preussischen Kalkwertanleihe und Roggenwertanleihe ist bei der Zinszahlung am 2. Januar für das zweite Halbjahr 1923 der amtliche Durchschnittspreis von Roggen bism. Kall für die Monate Oktober und November 1923 zurunde zu legen. Der seit Oktoberbeginn eingetretene weitgehende Marktschwund entwertet diesen Durchschnittspreis heute auf nur wenige Goldpfennige. Die von ihm abzuleitenden 2 1/2 Proz. Halbjahreszinsen würden daher die Anleihebesitzer schwer enttäuschen. Die preussische Finanzverwaltung hält es deshalb, unabhängig von der Frage der Verpfändung und unabhängig von den bloßen Papiermarktzinsen, die von anderen Ausgebern von Roggenrentenbriefen lösen für die Januarzahlung in Aussicht gestellt sind — dem Ansehen des preussischen Staates und dem Wesen einer wertbeständigen Anleihe für angemessen, ihren Anleihegläubigern am 2. Januar die Zinsen zu dem Durchschnittspreis des täglichen Goldwertes der beiden fraglichen Monate zu zahlen. Demgemäß legt die preussische Finanzverwaltung der Zinszahlung am 2. Januar für 1-Zentner-Roggenwertanleihe einen Goldwert von 7,75 Goldmark und für eine Doppelzentner-Kalkwertanleihe einen Goldwert von 8,10 Goldmark zugrunde, zahlbar in Papiermark oder in dem etwa sonst an diesem Tage geltenden gesetzlichen Zahlungsmittel, gemessen am Stand der Goldmark, bism. der Goldanleihe am letzten Rotierungstag vor dem 2. Januar 1924 (voraussichtlich der 31. Dezember 1923).

Matthes gegen Dorten.

Die Sonderbündler erkennen sich nicht an.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat Matthes an den französischen Oberkonsul in Tirard einen Brief gerichtet, in dem als Vertreter der Liga für die rheinisch-westfälische Unabhängigkeit gegen die Einrichtung des preussischen Regimes unter Leitung von Dorten in Ems protestiert, mit dem hinzuzufügen, er behalte sich das Recht vor, seine Regierung wieder zu errichten, wenn er es für opportun und für notwendig halte, was augenblicklich nicht der Fall sei.

Erwerbslosendemonstration in Köln.

Köln, 6. Dezember. (Mit.) Vor dem hiesigen Rathaus kam es gestern zu Erwerbslosendemonstrationen, die den Oberbürgermeister veranlassen sollen, größere Unterstützungssätze auszusprechen. Im Laufe des Nachmittags kam es dann zu einigen Plünderungen von Geschäften in der Innenstadt. In einzelnen Stellen machte die Polizei von der Waffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Die „Frankfurter Volksstimme“ ist vom Kommandeur des Bezirks V wegen eines Artikels gegen die Reichsmehr abermals für drei Tage verboten worden.

so waren alle Zähne zu sehen. Lorenzo erblickte die Arbeit im Garten und sagte scherzhaft zu dem Jüngling, ein so alter Mann, wie der Satyr sei, hätte keinen noch alle Zähne im Mund, darauf entsetzte Michelangelo sofort einen Zahn und bohrte ein Loch in den Oberkiefer, um so die Zahnwurzel anzudeuten. Lorenzo sah diese geschickte Veränderung an anderen Tagen, ließ den Vater des begabten Knaben zu sich kommen und nahm dann Michelangelo in sein Haus auf, wo er ein eigenes Zimmer, Tisch, Stuhl, den ganzen Unterhalt und als Zeichen besonderer Gunst einen kleinen Mantel erhielt. Aber nach dem Tode Lorenzos im April 1492 war Michelangelo aus seiner Wohnung im Palazzo Medici wieder zu seinem Vater zurückgekehrt, und die Verwandten seines Vaters schienen ihn vergessen zu haben.

Da ereignete sich eines Tages ein starker Schneefall in Florenz, und wenn sich ein im Süden seltenes Ereignis ereignet, so pflegte man es als festliche Gelegenheit zu betrachten, bei der auf den Plätzen vor den Kirchen und Palästen Schneemänner aufgestellt wurden. An dieser lustigen und beliebten Bildhauerarbeit in Schnee beteiligten sich die größten Künstler. Besonders gern machten diese Meister aus Schnee das Wahrzeichen von Florenz, den stehenden Löwen, den sogenannten Baroccio. Aber auch menschliche Gestalten, und zwar in riesigen Dimensionen wurden aufgerichtet. Es wird nun erzählt, daß Michelangelo im Hofe des Palazzo Medici einen so vorzüglichen Schneemann schuf, daß Lorenzos Nachfolger, Piero di Medici, davon ganz entzückt war. Er fraute nach dem Verfertiger dieser Figur, und als ihm der Name Michelangelo genannt wurde, zog er ihn wieder an seine Tafel und unterführte ihn nach Kräften. Das Wohlwollen Piero's schmolz nicht mit dem Schneemann, sondern er scheint Michelangelo viel genützt zu haben, und es ist nur ein Beweis der Verbitterung, mit der der archaische Meister in seinen alten Tagen alles betradete, wenn er selbst behauptete, Piero wäre stolz darauf gewesen, in seinen Diensten zwei außerordentliche Menschen zu besitzen: ihn selbst und einen spanischen Schneeläufer, den der Fürst nicht einmal zu Pferde einholen konnte.

Kinder, die nie ein Schaf gesehen haben. Im Zoologischen Garten der amerikanischen Stadt St. Louis sind jetzt allererl Haustiere untergebracht worden, um den Großstädtkindern diese Geschöpfe, die ihnen ebenso fremdartig sind wie die exotischen wilden Tiere, vorzuführen. Bei dieser Gelegenheit wurden alle Schafkinder, die die Haustiere im Zoo besichtigten, befragt, welche Tiere sie schon früher gesehen hatten, und es stellte sich heraus, daß von den fast 6000 Schafkindern 40 Prozent noch nie ein Schaf, 17 Prozent noch nie ein Schwein, 14 Prozent nie eine Kuh gesehen hatten.

Museumsführung. Sonntag, den 9. Dez. 9/1, Uhr vorm., findet im Kaiser-Friedrich-Museum ein offentliches Vortrags- und Ausstellungsgeschehen statt. Die Vorträge sind durch Dr. Voedler gehalten. Eintrittskarten sind vor Beginn der Führung am Eingang des genannten Museums in beschränkter Anzahl erhältlich.

Vom russischen Alphabetentwurf. In einem Buche zur Unterhaltung der neugegründeten Gesellschaft zur Beförderung des Alphabetentwurfes (Herausgeber der Zeitschrift des russischen Alphabetentwurfes) sind die Zahl der Alphabeten in Russland auf 17 Millionen. Seit dem 1. April 1923 hat Russland 3606 Schulen für Erwachsene mit 104 605 Lernenden.

Im deutschen Irrenhaus.

Dreizehn Jahre zu Unrecht entmündigt.

Nach langen Jahren hat jetzt endlich die 22. Zivilkammer des Landgerichts I ein bösariges Unrecht aus der Welt geschafft, das vor vierzehn Jahren auf Betreiben des Auswärtigen Amtes einem deutschen Staatsangehörigen zugefügt worden ist. Es handelt sich um den in Venezuela ansässigen Pfleger Rudolf Hof. Er war vor etwa zwanzig Jahren mit den dortigen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, die damals ausgesprochen deutschfeindlich waren, in Konflikt geraten, weil sie seine zweifellosen Rechtsansprüche nicht anerkennen wollten. Nachdem auch die höchste Gerichtsinanz für Hof entschieden hatte, die unteren Behörden aber trotzdem die Urteile nicht vollstreckten, erbat sich Hof die Hilfe des deutschen Vertreters in Venezuela, des Freiherrn v. Sedendorff. Aus diplomatischen Gründen sah dieser jedoch vom ernststen Eingreifen ab, so daß Hof im Herbst 1903 nach Deutschland fuhr, um hier seine Sache beim Auswärtigen Amt in Fluß zu bringen. Doch auch hier traf er auf passiven Widerstand. Auf seine Eingabe mußte er ein halbes Jahr auf Antwort warten, und diese war unbefriedigend. Bis 1909 hatte Hof nichts Greifbares erreicht; sogar seine Bitte, ihn doch einmal mündlich zu hören, war unerfüllt geblieben. Da richtete er im Sommer 1909 einen sehr geharnischten Protest an das Auswärtige Amt, um dieses zur Klage gegen ihn oder zum Verhandeln zu zwingen. Das Auswärtige Amt tat weder das eine noch das andere, sondern beauftragte den Vertrauensarzt des Amtes, den Dr. Zimmer, ein Gutachten über den Geisteszustand des Hof abzugeben. Dr. Zimmer gelangte auf Grund der Akten zu dem Urteil, Hof sei gemeingefährlich geisteskrank und müsse in eine Irrenanstalt gebracht werden. Kurz vor Weihnachten 1909 wurde Hof auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten v. Bogow nach dem 35. Polizeirevier geladen, hier ohne weiteres in einen von Doll-dorf bestellten Krankenwagen gesteckt und in Begleitung zweier Irrenwärter nach Dalldorf geschafft. Hier wurde er bis Mai 1910 festgehalten und in dieser Zeit entmündigt. Ein kaum glaubliches Kesselfreien, an dem auch das preussische Ministerium des Innern, das preussische Justizministerium usw. beteiligt waren, hatte eingegriffen und unter Rechtsbeugungen aller Art die schamlose Entmündigung durchgedrückt. Das Gutachten des Dalldorfer Oberarztes Prof. Dr. Pleumann trat der Auffassung des Dr. Zimmer bei, so daß das Schicksal des unglücklichen Hof besiegelt war.

Erst als die Anstaltsdirektion von Dalldorf sich aufs entschiedenste weigerte, Hof noch länger zu behalten, da hierzu nicht der geringste Anlaß vorliege und die Anstalt sich strafbar mache, gab v. Bogow nach und ließ seinen Widerspruch gegen die Entlassung fallen. — Die Sache war schon 1909 im Reichstag zur Sprache gebracht worden. 1914 geschah es zum zweiten Male. Erst Ende 1915 gelang es jedoch, die Aufhebung der Entmündigung durch das Amtsgericht in Homburg, wo Hof heimatsberechtigt war, zu erreichen. Schon 1910 war auch Klage gegen den Entmündigungsbescheid an sich erhoben worden; doch Jahr um Jahr verzog, ohne daß diese Klage vom Stenogramm Hof bestritt, daß er überhaupt niemals geisteskrank gewesen sei. Eine Petition an den Reichstag blieb von 1917 an unberücksichtigt, weil das Auswärtige Amt ein Verschleppungsmanöver an das andere reichte und dadurch die Verabschiedung der Eingabe vor dem Petitionsausschuß unmöglich machte. Die Nationalversammlung, bei welcher Hof erneut seine Petition eingereicht hatte, beschloß dagegen einstimmig, daß dem Petenten, der wissenschaftlich und persönlich aufs schwerste durch die Schuld deutscher Beamten geschädigt worden war, eine Entschädigung gezahlt werden sollte und daß die Strafverfolgung der schuldigen Beamten in Erwägung zu ziehen sei. Auf letzteres wollte die Regierung nicht eingehen.

Die Anfechtungsklage vor dem Landgericht blieb auch damals noch in der Schwebe. Eine Verhandlung im Juli dieses Jahres brachte durch Vernehmung zahlreicher Zeugen, die kurz vor und nach der Internierung des Hof mit diesem in engem persönlichen Verkehr gestanden hatten, die psychiatrischen Gutachten mit ihren rein allenmöglichen Schlussfolgerungen so ins Wanken, daß am letzten Donnerstag nach Vernehmung weiterer Zeugen das Gericht zur gütlichen Aufhebung des Entmündigungsbeschlusses von 1910 gelangte. Die Begründung liegt noch nicht vor. Wenn sich auch vermuten läßt, daß die Begründung die Schuldigen möglichst schon, so wird doch nicht ausbleiben können, daß die Regierung ganz nachdrücklich untersucht, in welcher Weise die Schuldigen zum Ersatz der sehr beträchtlichen Kosten heranzuziehen sind, die der Staat infolge ihres gefeh. und pflichtwidrigen Verhaltens zu tragen hat.

Reichswehr und Zivilbevölkerung.

Dresden, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrtreiskommando IV vorberichtet eine Darstellung, in der versucht wird, an Hand einzelner Fälle die Angaben über Mißhandlungen Gefangener durch die Reichswehr zu entkräften. Zu diesen Ausführungen des Wehrtreiskommandos wird von amtlicher Seite nunmehr eine umfangreiche Darstellung veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen:

„Das Wehrtreiskommando irrt, wenn es sagt, daß sich die Angaben in den Reden der sächsischen Minister auf die Auslagen der Beschwerdeführer allein stützen. Es sind für die Mißhandlungen zum Teil auch Zeugen vorhanden, die sich bereit erklärt haben, ihre Auslagen zu bezeugen. Außerdem liegen ärztliche Gutachten vor. . . In einigen Fällen haben überdies die vershönten Behörden sich durch Augenschein von der Wahrheit der Angaben der Beschwerdeführer überzeugt. Selbstverständlich ist die sofortige richtige Untersuchung beim Justizministerium beauftragt worden. Diese Untersuchung allein kann die Sache aufklären. Die Vernehmung der beschuldigten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gerät nicht zur Feststellung des Sachverhalts, und Vernehmungen der Mißhandelten durch Reichswehrangehörige begegnen bei diesen großer Abneigung und Mißtrauen, da sie nach den bisherigen Erfahrungen befürchten, daß sich bei diesen Vernehmungen oder im Anschluß an sie die Mißhandlungen wiederholen und daß Verleumdungen gemacht werden, ihre Auslagen zu beeinflussen. Das Wehrtreiskommando geht gerade nicht auf solche Mißhandlungen ein, die von vielen Augenzeugen gesehen worden sind, so nicht auf schändlichen Transport der Gefangenen durch Anbinden an Pferde, die in schnelle Gangart versetzt wurden. Das ist in mehreren Fällen bezeugt.“

Verurteilung eines deutschen Generals. Der Kriegsrat des 25. Armeekorps in Nancy hat den General v. Breittkopf, den früheren Kommandanten der III. bayerischen Division, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Wie in der Anklage ausgesöhrt wird, sollen die von ihm befehligten Truppen das Dorf Waige im Bezirk von Lunelle am 22. August 1914, nachdem sie die Häuser geplündert hatten, in Brand gesetzt haben unter der Anrede, daß man aus den Häusern auf sie geschossen habe. Ebenso sollen angeblich 6 Einwohner des Dorfes erschossen worden sein.

Reparationsfragen. In Lille wurde ein großer Skandal aufgedeckt, der darin besteht, daß 13.000 Personen ihre Erlassensprüche für erlittene Kriegsschäden mit 30 bis 120 Proz. über die wahren Verluste hinaus angemeldet hatten.

Wenn du noch einen Nickel hast . . .

Das Durch-, Neben- und Nebeneinander unserer Valuta kann schlechterdings nicht mehr überhoben werden. Jetzt kehren einzelne Geschäftsleute sogar zu den alten und schon längst vergessenen Zahlungsmitteln zurück, und Optimisten unter den Käufern prophesieren bereits, daß die alten kleinen Geldscheine, die Fünfsigtausender, Hunderttausender und Millionenscheine, bald wieder zu Ehren kommen werden. Dieser Optimismus hat gewiß etwas Verführerisches, aber noch mehr Verhängnisvolles und Verhängnisvolles. Wenn man heute hört, daß der Handel beim sinkenden Dollar wieder eine geradezu rührende Liebe für die von ihm einst so verachtete Papiermark zeigt, ja, daß er Rabatt bei Zahlung in Papiermark nicht, aber bei Zahlung in Rentenmark gibt, kann man beinahe dem oben skizzierten Optimismus folgen. Man darf dann vielleicht auch daran glauben, daß das einstmal ausgegebene Aluminiumgeld, soweit nicht Fingerhüte daraus geworden sind, geru gelassen und demnächst gesucht werden wird.

Zugewandelt herrscht der alte Groschen aus Nickel die Situation und für diese Goldschneppennige kann man sich in manchen Geschäften mancherlei schöne Sachen, wie Butter, kaufen. Und man sollte es gar nicht glauben, wie viele Menschen es gibt, die noch reichlich Nickelgroßen besitzen, die sich diese unscheinbaren Münzen, nun sogar wir mal aus Pietät, eudemant haben und deren frommes Gedanken nun volle Belohnung findet. Wer sich also im glücklichen Besitz von Nickelgeld befindet, freut sich, daß er nun wieder so gute Anwendung dafür hat und so billig damit einkaufen kann.

Doch man soll sich niemals beim Abschluß von Geschäften mit dem Handel heute freuen. Dieser Handel und diese Händler, die im Laufe der letzten Jahre so herzerreißende Klagen über ihr hartes Los angestellt haben — es fehlte nur noch, daß sie dabei Tränen in den schönen Augen hätten — die den Wucherüberwachungsbehörden Statistiken vorlegten, aus denen sich ergab, daß sie — Gott erbarme sich — dreimal in der Woche die Substanz verloren haben, diese Herrschaften mußten immer auf ihren Vorteil zu laufen und die Käufer waren immer die Dummen. So geht es auch mit den Nickelgroßen. In Hamburg wird nämlich dieses Geld schon seit längerer Zeit als volles Zahlungsmittel angesehen und höher gewertet als von Berliner Kaufleuten, die die Nickel nach Hamburg buglizieren und auf diese Weise billig zu Ware beim Engros Händler kommen.

So hat die schöne Melodie: Wenn du noch einen Nickel hast, einen hitzigen Beigeschmack, wie alles, was mit dem Handel zusammenhängt.

Röhne in Schuhschiff.

Die Schieberei im Pehower Forst.

Die richterlichen Ermittlungen in dem blutigen Zusammenstoß zwischen dem jungen Röhne und den Gumbower Arbeitern Bruner und Röhler, der sich 2 Tage vor Bußtag im Pehower Forst ereignet hatte, sind weitergegangen, allerdings ohne daß dadurch die etwaige Schuldfrage endgültig geklärt werden konnte. Inzwischen ist Röhne, der infolge seiner nicht unerheblichen Verletzungen zunächst nicht transportfähig war, vor einigen Tagen auf Veranlassung der Regierung von Schloss Pehow nach dem Potsdamer Polizeigefängnis übergeführt worden, wo er sich in Schuhschiff befindet. Seine endgültige Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Dr. Loehning wird erst heute stattfinden, da beim Dolastermin der Zustand des Verletzten nur ein informatorisches Verhör gestattete. Die Frage, ob v. Röhne, wie die beiden Arbeiter behaupten, zuerst, als alle drei noch stunden, geschossen hat, oder ob er die Schüsse, wie er es darstellt, erst im Bogen im Verlauf des Kampfes abgegeben hat, wird unter Umständen durch die ärztlichen Gutachten geklärt werden, die aus der Art und der Lage der Schußverletzungen die nötigen Schlussfolgerungen zulassen werden. Es ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auf beiden Seiten Falschschüsse vorliegen, die infolge eines Verfahrens Abstand genommen werden.

Rangierkolonnen als Diebesbanden.

Aufdeckung großer Eisenbahndiebstähle.

Durch einen allzu dreisten Handel mit gestohlenen Waren verriet sich ein Rangierer Belle aus Schöneberg als gewerksmäßiger Güterdieb. Belle betrieb seine „Geschäfte“ schließlich so offen, daß sie der ganzen Nachbarschaft auffielen. Er vertrieb alles mögliche, Stoffe, Lebensmittel usw.

Nunmehr ist es der Kriminalpolizei gelungen, zwei Rangierkolonnen auf dem Verschleppbahnhof in Rummelsburg als eine große Diebesbande zu entlarven. Die beiden Kolonnen, bei denen auch Belle beschäftigt war, „arbeiteten“ unter dem Rangiermeister Schmidt und Januske, jede mit 5—6 Mann miteinander oder auch nebeneinander. Wenn die eine Dienst hatte, so stahl die andere in ihrer dienstfreien Zeit aus den Eisenbahnwagen, was sie nur gebrauchen konnten. Die Rangierer fanden immer bald heraus, welche Waren für sie „erregnet“ waren, und was die einzelnen Kisten enthielten. Was sie stahlen, Lebensmittel, Zigarren, Seife, Stoffe usw., versteckten sie zunächst auf dem Gelände, um es nach Dienstschluß mit nach Hause zu nehmen. Wenn die Diebstähle entdeckt wurden, so waren immer die Waren und die Kisten „von selbst“ aufgesprungen“. In Wirklichkeit hatten die ungetreuen Angestellten bei dem „Aufspringen“ trügliche nachgeholfen. Schmidt und Januske wurden nach längerer Beobachtung mit ihren Kolonnen, im ganzen zwölf Mann, festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Sie haben diese Diebstähle lange Zeit hindurch getrieben und große Mengen Güter erbeutet.

Attentat eines Wahnsinnigen auf den eigenen Vater.

Eine aufregende Szene spielte sich am Mittwochmittag in einem Hause in Reutbahn ab. Hier geriet der 66 Jahre alte Magistratsbeamte August H. mit seiner 31 Jahre alten Tochter Erna, die geistig nicht normal ist in Meinungsverschiedenheiten. Bählich ergriff die Kranke ein Fleischmesser und brachte ihrem Vater mehrere starke Kopfverletzungen bei, bevor er sich ihrer erwehren konnte. Das Mädchen versiel dann in Kolleret, so daß der Vater vor ihr stehen mußte. Die Rettungsmache, bei der er sich verbinden ließ, benachrichtigte das Uebersallkommando des 155. Regiments, das die Kranke in Gewahrsam nahm. Sie wurde dann als gemeingefährlich in eine Anstalt gebracht.

Behinderte Feuerbestattung.

Durch die Stilllegung des Krematoriums in der Gerichtstraße sind, wie uns von dem Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin B. A. G. mitgeteilt wird, in den anderen beiden in Betrieb befindlichen Krematorien in Baumgartenweg und Wilmersdorf ganz unhalbbare Zustände eingetreten. In dem Krematorium Baumgartenweg ist es soweit gekommen, daß außer in den dafür in Frage kommenden Aufbewahrungsräumen in allen anderen Räumen und Gängen eingesperrte Leichen stehen. Damit nicht genug, müssen die Führer der Beidentransporte der Vereine warten, damit Blau geschaffen wird, um die eingesperrten Leichen abholen zu können. Wie nun einwandfrei festgestellt ist, brauchte das Krematorium in der Gerichtstraße trotz Umbaus des einen Ofens — es befinden sich dort deren drei — überhaupt nicht stillgelegt werden. Die Vertreter der beiden

großen maßgebenden Feuerbestattungsvereine haben geschrieben, protestiert und zuletzt persönlich bei den maßgebenden Stadträten Vorstellungen erhoben und gebeten, das Krematorium Gerichtstraße, welches ja vollbetriebsfähig ist, was von leitenden Krematoriumsbeamten auch zugegeben ist, wieder in Betrieb zu nehmen. Die gewichtigen Gründe der Vereine mußten auch von den Herren anerkannt werden. Es wurde auch zugesagt, daß das Krematorium baldmöglichst wieder in Betrieb genommen werden soll, jedoch müßten erst die maßgebenden Instanzen, Bezirksamt Wedding und Magistrat Berlin, darüber Beschluß fassen. Da für eine sofortige Inbetriebnahme des Krematoriums in der Gerichtstraße, so schließt der Verein seine Zuschrift, alle Mittel und Wege erschöpft sind, bleibt den Vereinen, denen ja mehr als eine Million der Bewohner Berlins angehören, weiter kein Weg offen, als wie durch die Presse auf Abhilfe dieser unhalbbaren Zustände zu dringen.

Zum Aerztestreik.

Der Vorstand des Verbandes der Krankenkassen Berlins schreibt uns: Die Berliner Kassenärzte haben in einem Aufschlag an den Säulen u. a. behauptet:

„Die aus Laien bestehenden Kassenvorstände erhielten das Recht (durch die Verordnung der Regierung), zu entscheiden, ob ein Kassenmitglied, das ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen will, überhaupt behandelt werden darf.“ Das ist eine bewusste Unwahrheit. Jeder kann sich aus dem Text des Gesetzes davon überzeugen, daß dieses Recht nicht den Kassenvorständen, sondern den Ärzten zugewiesen wird. Die Kassenvorstände, die ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben, im Übrigen aber als Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihrem Berufe nachgehen müssen, sind gar nicht in der Lage, können gar nicht in die Lage kommen, darüber zu entscheiden, weil die Verfertiger ja nicht die Vorstandsmittelglieder, sondern die Ärzte aussuchen, wenn sie behandelt werden wollen. Weil aber die Ärzte in zahllosen Fällen behandelt und verordnet haben, obwohl, wie durch andere hervorragende Vergleiche (nicht durch Vorstandsmittelglieder) nachgewiesen wurde, eine Notwendigkeit nicht vorlag, deshalb hat die Regierung diese Verordnung erlassen müssen zum Schutz der Kassen. Sie behaupten ferner, „es sei eine böswillige Verleumdung schlimmster Art, daß die Ärzte beabsichtigen, die Krankenverleumdung zu zerstreuen.“ Wir verweisen hier nur auf den Bericht der Versammlung der sozialistischen Ärzte Berlins in Nr. 288 des „Vorwärts“. Es heißt dort:

„Die Herren Prof. Grajahn, Dr. Wolfes und Dr. West teilten mit, daß in den großen Aerztestreikungen von vielen Seiten erklärt wurde, dieser Streik müsse mit der Zertrümmerung des sozialen Versicherungswesens enden.“

Auf die anderen, ebenso unrichtigen Behauptungen in dieser Bekanntmachung einzugehen, schieken wir uns.

Eine nette Miets-Bekämpfung.

Zu den von den Mietern in voller Höhe aufzubringenden Betriebskosten gehört nach der Bekanntmachung des Berliner Magistrats vom 28. November auch die preussische Grundvermögenssteuer und ferner ein Drittel dieser Steuer als Gemeindegeldschlag. Beides wird nach Goldmark berechnet, wobei jedoch für November die Goldmark nur noch dem Kurse von 300 Milliarden zählt. Für Dezember wirt sich der Kurs von einer Billion aus. Die Dezemberrate, die am 15. Dezember fällig ist, beträgt in den meisten Häusern mehr als die hundertmilliardensache Grundmiete. Außerdem war jetzt die Novemberrate fällig. Man hatte also als Inhaber einer Zweizimmerwohnung nur für die Grundmiete mit den festen Zuschlägen und für die Grundvermögenssteuer rund zehn Billionen zu zahlen. Dazu kommen noch annähernd ebenso viele Billionen für die übrigen Betriebskosten, so daß die halbe Friedensmiete in Gold bereits erreicht ist. Durch Säulenanschlag hatte der Magistrat für die Zahlung der Novemberrate eine Schonfrist von fünf Tagen zugewilligt. In den Veranlagungsschreiben, die meist erst am 3. Dezember den Hausbesitzern zugingen, wurde Zahlung bis zum folgenden Tage verlangt. Infolge dieser Unklarheiten herrscht natürlich bei den Steuerlasten größter Wirrwarr. Betsod war es gar nicht möglich, innerhalb weniger Stunden das Geld von zahlreichen Mietern einzuziehen. Wozu diese neue Bemühung der Hausbesitzer und Mieter? Es scheint an manchen Amtsstellen alles drunter und drüber zu gehen.

Der Schuß der Lebensmittelkassen gegen Zerklörung durch Tierstich und Fäulnis ist jetzt gerade von besonderer Bedeutung. Die Biologische Reichsanstalt in Dahlem vorantstaltet daher, um Auffklärung über die Vorkaus- und Speicherschädlinge und ihre Bekämpfung in die breitesten Kreise der Bevölkerung zu tragen, vom 10. bis 15. Dezember eine Ausstellung von Speich- und Haushaltungsschädlingen, die von 10 bis 12 und 4 bis 6 Uhr kostenfrei zugänglich ist.

Einbrecher auf „Bärenstiefel“. Einbrecher schlugen vom leerstehenden Kaffee „Europa“ aus ein megal Hände großes Loch in die Seitenwand des Bärenstiefelgeschäfts, Spittelmarkt 7, und räumten einen größeren Vorrat braune und schwarze Herrenstiefel aus, die teilweise an der Sohle mit einem Bären, der in einem Dreieck steht, versehen sind. Die Firma steht für Wiederbeschaffung eine Belohnung von 5 Goldmark für jedes Paar Stiefel aus.

Bau eines neuen Themistunnels. In London wurde die Ausführung eines neuen Tunnels, der 800 Meter lang sein und 30 Meter unter der Sohle der Themse liegen soll, beschlossen und die Bauverträge getätigt. Die Kosten belaufen sich auf 8 Millionen Pfund Sterling. Die Arbeit dürfte mehr als 1 Jahr in Anspruch nehmen.

Ed- oder Jenebestattung? Ueber diese zeitgemäße Thema findet am Sonntag, den 7. Dez., vorm. 11 Uhr, im Kino, Brunnenstr. 34, ein vom IV. Bezirk des Volks-Feuerbestattungsvereins Groß-Berlin veranstalteter Filmvortrag statt.

Ueber seine Belsterinnerungen an Moskau spricht Dr. Graf Arca am Freitag, den 7. Dez., abends 7, 8 Uhr, im Rahmen des Deutschen Rednerbundes im Werner-Siemens-Realgymnasium in der Köpenickerstr. 47.

Der Fall des Deutschamerikaners Bergdoll.

Ein Wildwestdrama vor einer badischen Staftammer.

In Rosbach in Baden hat heute (Donnerstag) vor der dortigen Strafkammer das gerichtliche Nachspiel zu dem zweiten Ueberfall auf den Deutschamerikaner Owen Cleveland Bergdoll, der schon einmal am Abend des 10. August in seinem Zimmer in der „Krone-Post“ in Oberbach überfallen und niedergeschlagen worden war, begonnen. Als Anführer des zweiten Ueberfalls wurde der ebenfalls in der „Krone-Post“ abgestiegene amerikanische Oberleutnant Charles Griffiths festgestellt, der von seinem amerikanischen Chauffeur Nelson und dem angeblichen russischen Fürsten Gregor Bagarin begleitet war. Nach dem mißglückten Ueberfall entflohen diese drei Personen in einem Kraftwagen, der aber einige Kilometer außerhalb Oberbachs von der Polizei angehalten werden konnte. Die Insassen wurden sofort verhaftet. Kurz vor dem Ueberfall soll Bergdoll von schwer aus den Vereinigten Staaten in Oberbach eingetroffenen Mutter und von der amerikanischen Regierung nahegelegt worden sein, nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren und sich dort freiwillig zu stellen. Die gegen ihn erkannte Gefängnisstrafe würde ihm zum größten Teil erlassen werden. Man vermutet nun, daß die amerikanischen Organisations ehemaliger Frontsoldaten dies verhindern wollte, um durch gewaltsame Entführung und Auslieferung Bergdoll seiner jährigen Gefängnisstrafe zuzuführen. — Die Verhandlung vor der Rosbacher Strafkammer dürfte zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Vor dem Ende der Arbeitsgemeinschaft

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ des Zentralverbandes, veröffentlicht unter obiger Überschrift in ihrer Nummer vom 4. Dezember einen Beitrag, der, nach allerlei Unfug, zu folgender Schlußfolgerung kommt:

Das Problem der nächsten Zukunft dreht sich darum, für die 60-Millionen-Bevölkerung Deutschlands ein den Anforderungen des Verbrauchs entsprechendes Quantum Produktion zu schaffen, um zu verhindern, daß von diesen 60 Millionen 20 Millionen entweder sterben oder auswandern müssen — nach dem Bunde Clemenceau. Arbeit muß freilich darüber herrschen, daß die Arbeitsgemeinschaft in ihrer jetzigen marxistisch verkehrten Gestalt dieses Problem nicht meistern kann, da in ihr die politischen und gewerkschaftlichen Beidenheiten, der Machtwille der marxistischen Führer und die Zerstückelung des Marxismus viel zu stark ausgeprägt sind. Mit der Arbeitsgemeinschaft sollte die Entwicklung in evolutionistische Bahnen gelenkt werden. Dieser Versuch ist mißglückt. Es kann sich in Zukunft nur darum handeln, grundsätzlich und rücksichtslos mit dem zu brechen, was uns in die jetzige Lage gebracht hat.

Also die Arbeitsgemeinschaft ist daran schuld, daß in Deutschland die Kartelle der Schwerindustrie die gesamte Wirtschaft mit ihrer Preispolitik terrorisieren. Die Arbeitsgemeinschaft ist schuld, daß die Unternehmer unter Führung der Schwerindustrie, dessen Organ die „Deutsche Bergwerkszeitung“ ist, sich immer mehr von der Produktion abheben und der Spekulation zuwenden. Die Arbeitsgemeinschaft ist schuld, daß die Unternehmer, in dem Bestreben, die Löhne bis auf ein unmögliches Maß zu drücken, die qualifizierten Hand- und Kopfarbeit auf das Niveau der unqualifizierten herabdrücken. Die Arbeitsgemeinschaft ist schuld, daß die Steuerhau der Bestehenden unsere Reichsfinanzen in eine Verrottung brachten, die zum Himmel schreit und die Mark in den Abgrund stürzte. Wie diese Dinge und noch viele andere hat die Arbeitsgemeinschaft auf dem Gewissen.

Man glaube nicht, daß dieser komplette Unfug des Organs des Zentralverbandes so von ungefähr ist. Wenn man in Essen über die „marxistische“ Arbeitsgemeinschaft weiter, wie Rahr gegen das Kabinett Strekmann zu Felde zog, so ist das nur ein rotes Mäntelchen, um den eigentlichen Zweck dieser schwerindustriellen Attende zu verbergen.

Man weiß in Essen natürlich ganz genau, daß die Arbeitsgemeinschaft ein bescheidenes Blümchen ist, das im verborgenen kümmerlich vegetiert und längst aufgehört hat, im Wirtschaftsleben eine Rolle zu spielen. Aber es gibt da einige Dinge, die in den Kooperationsverträgen von 1918 unterschrieben wurden und heute noch zu Recht bestehen. Gewiß stoßen sich die Schwerindustriellen an der Ruhr verteuert wenig an geschriebene Gesetze, geschweige denn an eine gefestigte Unterschrift. Aber die Gerichte und Behörden können nicht ohne weiteres der schwerindustriellen Ungezogenheit folgen. Deshalb soll eben mit der Zentralarbeitsgemeinschaft die Unterschrift von 1918, die dem Achtstundentag den Charakter eines Tarifvertrags gab, fallen. Für die Herren, die mit Clemenceau der Ansicht sind, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel sind, ist die Zentralarbeitsgemeinschaft hauptsächlich aus diesem Grunde verhasst. Aber auch noch deshalb, weil diese eine — wenn auch fast nur noch rein äußerliche — Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstellt. Nach ihrer Ansicht soll die Arbeiterschaft nicht Subjekt, sondern nur Objekt der Wirtschaft sein.

Konzerne der Metallindustrie.

Das Unternehmertum, das eigentlich das größte Interesse an einer Uebersticht über die Konzernbildungen hat, ist bisher noch nicht dazu gekommen, die neuere Entwicklung auf diesem Gebiete darzustellen. Die Dinge sind allerdings noch im Fluge, doch werden sie es auch weiter bleiben, nur das Tempo der Konzentration wird je nach den Verhältnissen wechseln. Schließlich muß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Uebersticht gegeben werden, wenn man überhaupt dazu kommen will.

Die Industriearbeiterschaft hat natürlich auch ein wesentliches Interesse daran, den Stand und Gang der Dinge zu beobachten, denn nur durch ihre gewerkschaftliche Organisation gebietet werden kann. Trotz der Ungunst der finanziellen Lage der Gewerkschaften hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich entschlossen, eine „Darstellung der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes der großen Konzerne der deutschen Metallindustrie“ zu geben.

„Noch nie hat im deutschen Volkstreiben die Beschäftigung mit den großen Inhabern, Leitern und Drohtziehern der maßgebenden Industriegebilde eine so große Rolle gespielt wie heute,“ wird in der Einleitung gesagt. „Der Grund für die Beschäftigung mit dem Problem der Konzerne liegt auf der Hand. Die endgültige Regelung der Kriegsschulden ist zwar noch nicht erfolgt. Das Opfer des Volkes ist noch nicht geleistet. Die endgültige Struktur unserer Wirtschaft, die den Krieg mitterleiten hat, steht noch nicht fest. Aber ganz offenbar ist schon heute: es knistert ein unverständlicher Gegensatz zwischen der Verarmung ganzer Kreise, zwischen der Verelendung großer Gruppen und der Lebensführung anderer Schichten, die sich dem eisernen Ring der Selbsterhaltung und Wahrungserhaltung zu entziehen versuchen haben. Über darüber fällt die Diskrepanz in die Augen zwischen dem Staat, der jeden Tag mehr verarmt, und dem Reichthum der Industrie, die sich eine Erweiterung ihrer Grenzen noch gestalten kann. Die Gebietserweiterung dieses privaten Imperialismus wiegt doppelt schwer, wenn sie nicht mit der deutschen Mark erlaubt wird, sondern mit den schweren Wägen, dem vollstehenden Gelde Englands und Amerikas.“

Die großen Konzerne werden hier dargestellt, um Zeugnis abzulegen von der letzten Entwicklung der großen Gebilde der deutschen Industrie. Um den Gewerkschaften, vor allem ihren leitenden Funktionären zu zeigen, welche Entwicklung die Industrie in den letzten Jahren durchgemacht hat, und darauf aufmerksam zu machen, daß hieraus die Pflicht für eine umsichtige, weitausschauende Führung erwächst, die die Veränderung der Löhne und der Formation des Gegners genau erkennt. Um den Betriebsräten im allgemeinen und den Betriebsräten der einzelnen Werke die Zu-

ammenhänge der Konzentration aufzuzeigen und sie anzuhelfen, das Problem künftighin in seinem vollen Umfange zu erkennen und alles zu tun, um zur Klärung der Zusammenhänge beizutragen.

Die Schrift will aus der Erkenntnis der gegenwärtigen Kräfteverteilung in der Wirtschaft den Mut schöpfen, daß die große Arbeiterbewegung Deutschlands ein gleichberechtigter Faktor in der Wirtschaft zu sein und in viel größerem Umfange zu werden vermag. Das deutsche Volk soll nicht die Beute einiger weniger industrieller Herzogtümer werden, sondern soll die Kraft haben, sich eine wirtschaftliche Verfassung zu geben.

Von der 223 Seiten starken Schrift sind 71 einer Darstellung der Kartelle und Syndikate, ihrer horizontalen und vertikalen Konzentration, der wirtschaftlichen Ursachen der neuen Konzernbildung, der rechtlichen Formen der Konzentration und der Konzerne der deutschen Metallindustrie gewidmet. Dann werden die Rammul-Konzerne, Stinnes-Konzern und AG-Konzern geschildert; und schließlich die übrigen Konzerne und der Zustandsbericht deutscher Konzerne. Ungefähr 120 Tabellen führen in die Zusammenhänge der Konzerne ein. Das Register und Firmenverzeichnis der mit den Konzernen in direkter oder indirekter Verbindung stehenden Gesellschaften umfaßt nicht weniger als 28 zweispaltige Seiten.

Das im Verlage von Alexander Schöde u. Co., Stuttgart, Kölnstraße 10 b, erschienene Buch kostet für Gewerkschaftsmitglieder (M.D. und M.F.) 3 Goldmark, gebunden 5 Goldmark, im Buchhandel 8 bzw. 10 Goldmark. Wir wünschen ihm, vorab in Gewerkschaftskreisen weite Verbreitung.

Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Die gestrigen Lohnverhandlungen im Berliner Baugewerbe fanden im Zeichen einer ansehnlichen Preissteigerung. Die Vertreter der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände forderten für die Woche vom 5. bis 11. Dezember für Maurer, Zimmerer, Zementfischer, Stein- und Kalkträger, sowie Einsteiger einen Stundenlohn von 150 Goldpfennigen. Für die übrigen Fachgruppen sollte sich der Lohn nach Maßgabe der bisherigen Lohnabstände regeln, wie dies der Bezirksarbeitsvertrag vorsieht. Weiter wurde gefordert, daß im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und der zweifellos zu niedrigen Entlohnung der Arbeiter an sich die bisherigen Zuschußzahlungen beibehalten werden.

Die Arbeitgebervertreter lehnten jede Lohn-erhöhung ab. Ihre Ausführungen gipfelten darin, daß das Baugewerbe zurzeit keine weitere Lohn-erhöhung vertrage. Die Arbeiter würden nicht bewußt und tagtäglich werden weitere Baustellen stillgelegt. Erfahrungsgemäß machten Industrie und Behörden die größten Schwierigkeiten. Lohnabbau wäre am Plage, um das Gewerbe wieder zu beleben. Die Arbeitgeber verteilten zudem den Standpunkt, daß der Lohn der Berliner Bauarbeiter, gemessen an den Löhnen der Industriearbeiter, so hoch sei, daß der Charakter des Saison-erwerbes in weitgehendem Maße berücksichtigt worden ist. Sie stellten anheim, das Bezirksarbeitsamt anzurufen und würden absonn mit Gegenmaßnahmen aufwarten. Nach reiflichen Erwägungen entschloß sich die Verhandlungskommission dahin, von Inanspruchnahme einer weiteren Inflation abzusehen, aus Gründen, die an dieser Stelle nicht zu erörtern sind. Das am 19. November durch Schiedspruch getroffene Lohnabkommen läuft also infolge erneut retrograder Vereinbarung zunächst bis zum 11. Dezember weiter.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände.

Hotel Excelsior und der Achtstundentag.

Man schreibt uns: Nach der Auserkennung der Demobilmachungsverordnung über die Arbeitszeit glauben die Unternehmer im Gastwirts-erwerb, insbesondere die Oberkassarmacher, wie der Herr Geheimrat Eschner vom Hotel Excelsior, wieder zu dem alten Herrn-im-Hause-System zurückkehren zu können. Die Firma setzt einseitig ihre eigene Arbeitszeit fest; sie bestimmt, daß 10 Stunden gearbeitet werden. Die zehnstündige Arbeitszeit wird durch einen Ufas am 1. März 1924 angehängt und ein großer Summe als Begründung hinzugefügt; damit hält die Firma die Angelegenheit für erledigt. Die Direktion des Hotel Excelsior scheint denn doch ihre Arbeitnehmer für ziemlich dumm zu halten. Sie scheint ganz vergessen zu haben, daß die achtstündige Arbeitszeit ein Teil des bisherigen Arbeitsvertrages geworden ist und daß sie auch tariflich festgelegt ist. Es scheint aber dringend notwendig zu sein, daß auch die gastwirtschaftlichen Angestellten rechtzeitig auf die Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, und auf die bevorstehenden Kämpfe um die Arbeitszeit im Gastwirts-erwerb aufmerksam gemacht werden.

Hochöfen auf Arbeitergrößen.

Die Hochöfenwerke Lübeck AG. sind jetzt dabei, ein raffiniertes Geschäft auf Kosten ihrer Werksangehörigen zum Abschluß zu bringen. Das Unternehmen hat im Jahre 1912 eine Werkspar-lasse ins Leben gerufen. Die Angestellten und Arbeiter haben, wie das bei Werksparlassen der Großunternehmen sehr häufig der Fall gewesen ist, auch von dieser Einrichtung ziemlich regen Gebrauch gemacht. Die Einzahlungen beliefen sich bei Beginn des Krieges auf 400 000 Goldmark.

Bis 1922 wurden diese 400 000 Goldmark mit 5 Proz. jährlich verzinst. In diesem Jahre ist in sehr vornehmer Weise der Zins-satz auf sieben Prozent erhöht worden. Nachdem nun der Wert der alten Mark fast auf den Nullpunkt gesunken ist, kündigte die Direktion einfach durch Anschlag sämtlichen Sparern zum 1. Dezember die Einlagen mit dem Bemerkten, daß der Aufsichtsrat beschlossen habe, eine gewisse „Aufwertung“ einzu-reisen zu lassen. Die Aufwertung soll nach eingezogener Erkundigung — ganze zehn Prozent betragen. Nach erfolgter Auflösung der alten Kasse beabsichtigt die Direktion, im Januar 1924 eine neue mit Goldparlanten zu eröffnen. Das Hochöfenwerk Lübeck glaubt vielleicht, damit das Geschäft noch einmal von neuem machen zu können.

Es sind 400 000 Goldmark von Arbeitern und Ange-stellten jener Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden. Das Unternehmen hat damit gearbeitet, hat damit Einkäufe abgeschlossen, den Betrieb verbessert. Kurz, es hat die 400 000 Goldmark als sehr billigen Kapitalzuwachs behandelt. Die Arbeitnehmer haben ohne irgendwelche Kontrolle im einfachen Vertrauen auf die Anständigkeit des Unternehmens das Geld zur Verfügung gestellt. In einem Augenblick, da sogar durch Reichsgerichtsurteil die Aufwertung der Hypotheken anerkannt worden ist, wagen es die Hochöfenwerke Lübeck AG., ihre Arbeitnehmer um 400 000 Goldmark zu erleichtern. Wir sind der Auffassung, daß hier ein ganz typischer Fall bewusster Ueberverteilung vorliegt. Notwendig erscheint uns, daß der Staatsanwalt in öffentlichem Interesse diesen Betrugs-versuch verhindert. Der Vorgang selbst ist ein lehrreiches Beispiel zu dem Kapitel: Soziale Werksparlanten der Großbetriebe.

Industrieverbände in Norwegen.

Für die Arbeiter der Lebens- und Genussmittel-industrie wurde die Bildung eines Industrieverbandes beschlossen, der seine Tätigkeit am 17. November aufgenommen hat. Der Verband setzt sich hauptsächlich aus den bisherigen ungefähr 3000 Mitgliedern der Lebensmittelarbeitergruppe des Fabrikarbeiterverbandes zusammen, da ein vollständiges Aufgehen des Bäcker-arbeiterverbandes (1800 Mitglieder) und des Fleischindustriearbeiterverbandes (500 Mitglieder) in dem neuen Verband nicht erreicht wurde. Mit den beiden letzteren Verbänden ist ein Kartell-vertrag abgeschlossen worden.

Auf einer am 15. Dezember einberufenen Delegierten-versammlung soll die Bildung eines Industriearbeiterverbandes für die Arbeiter der technisch-gewerblichen Industrie erfolgen. Dieser Verband wird einen Mitgliederbestand von ungefähr 5250 haben, der sich aus den bisherigen Mitgliedern der Verbände der Fabrikarbeiter, Eisen- und Metallarbeiter, Holzarbeiter und Transportarbeiter zusammensetzt.

Die geplante Bildung eines gemeinschaftlichen Verbandes der Staatsangestellten ist gescheitert. In einer von Vertretern der drei dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände der Lokomotivführer, Eisenbahner und Postangestellten abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, wegen der vorhandenen Schwierigkeiten vorläufig von der Bildung eines solchen Verbandes ab-zusehen. Lediglich hat sich neulich eine Landeszentrale der norwegischen Staatsangestelltenorganisation gebildet, die aber keinerlei Verbindungen zum Gewerkschaftsbund unterhält. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes wendet sich gegen diese Gründung, die nach seiner Ansicht nur ein Hindernis für die Bildung einer wirklichen Staatsangestellten-gewerkschaft ist und den Anschluß an die übrigen Arbeiterorganisationen des Landes verzögern wird.

Das Ortskartell Berlin des IFA-Bundes macht darauf aufmerk-sam, daß es für Tarifangelegenheiten nicht zustän-dig ist und derartige Anfragen lieber telefonisch noch schriftlich beantwortet werden können. Tarifauskünfte erteilen nur die einzelnen IFA-Gewerkschaften.

In Rönigsberg traten die Arbeiter der städtischen Werke infolge von Tarifstreiks in den Ausstand. Die elektrische Bahn ver-kehrt nicht, die Rotlandsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben werden verzögert.

Wirtschaft

Der Preisabbau im Großhandel.

Die auf den Stichtag des 4. Dezember berechnete Groß-handelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt bei einem amtlichen Dollarkurs von 42 Billionen Mark das 1337,4-milliardensache des Friedensstandes und ist somit gegenüber dem Stande vom 27. November (1422,9-milliardensache) um 6 Proz. zurückgegangen. Dementsprechend hat sich der Goldstand der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) von 142,3 auf 133,7 oder um 6 Proz. gesenkt. Der Rückgang wird vornehmlich durch eine Herabsetzung der überhöhten Lebensmittelpreise bewirkt, die im Durchschnitt der Hauptgruppe um 9,3 Proz. auf das 1217,7-milliardensache (121,8 Gold) nachgaben. Die Gruppe Getreide und Kartoffeln hatte sich um 3,6 Proz. auf das 968,4-milliardensache (96,8 Gold); ferner die Industriestoffe um 0,8 Proz. auf das 1561-milliardensache (156,1 Gold), davon die Gruppe Kohlen und Eisen um 0,2 Proz. auf das 1600,7-milliardensache (160,1 Gold), die Einfuhrwaren um 0,4 Proz. auf das 1620-milliardensache (162 Gold) und die Inlandswaren um 7,3 Proz. auf das 1280,8-milliardensache (128,1 Gold).

Im Durchschnitt November erreicht die Großhandels-indexziffer bei einem Monatsdurchschnittskurs des Dollars in Berlin von 2193,6 Milliarden Mark das 725,7-milliardensache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Vormonat (704,8-milliardensache) um 10,28,7 Proz. gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Goldstand der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) von 117,9 auf 139,0 oder um 17,8 Proz. gehoben. Von den Hauptgruppen liegen die Lebensmittel (im Großhandel) um 12,488,7 Proz. auf das 678,8-milliardensache (67,8 Gold), davon Getreide und Kartoffeln um 12,448,9 Proz. auf das 515,9-milliardensache (51,5 Gold), die In-dustriestoffe um 7076,6 Proz. auf das 813,4-milliardensache (81,3 Gold), davon Kohlen und Eisen um 7613 Proz. auf das 837,4-milliardensache (83,7 Gold); ferner die Einfuhrwaren um 8853,6 Proz. auf das 819,6-milliardensache (81,9 Gold) und die Inlandswaren um 10 610,8 Proz. auf das 706,9-milliardensache (70,6 Gold).

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderhelfer. Wichtige Vorstandssitzung morgen, Freitag, den 6. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Secretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Trp.

- 4. Kreis: Poeschlauer Berg. Die Abteilungsleiter müssen heute abend um 7 Uhr in der Schlegelstr. 7, Hof links, die Zahl der Gewerkschaften und Arbeiterangehörigen angeben.
- 77. Wkt. Schöneberg. Freitagabend 1/8 Uhr Funktionärskonferenz bei 30000, Barbarossastr. 66. Rein Eintragsamt.

Junggesellinnen. Gruppe Friedrichshagen: Heute abend Beisitzung an der Veranstaltung der Gruppe Teuplin.

Jugendveranstaltungen.

Abend, Abteilungsleiterabend! Am Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, Bezirksverbandssitzung. Thema: „Die Arbeiterwohlfahrtspflege“. Referent: Gen. R. Ledebogen. Einlaß nur mit Ausweis und Mitgliedsbuch.

Heute, Donners'ag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:

- Freibauer: Jugendheim Offenbacher Str. 3a. — Gesundbrunnen: Schule Götterdämmerung Str. 2. — Kariensee: Höhere Schule, Berliner Str. 1. — Neukölln: Jugendheim Mühlener Str. 56. — Neukölln IV: Hotel „Zum Rosenkranz“, Gieselerstr. 10. — Ostkreuz: (Stralauer Viertel): Gemeindefürsorgeamt, 4. — Seefeld: (Hertel): Bodenstraße 10. — Spandau: Jugendheim Sauerbörger Str. 57. — Wedding: Jugendheim Strömsdorfer Str. 1. — Südwest: Wohnung, das Jugendheim bleibt vorläufig geschlossen!

Berantworflich für Inhalt: Groß-Kreuz: Wirtschaft: Ulrich Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Dietz; Arbeiterwohlfahrt: Dr. John Schilling; Soziale und Einzelne: Fritz Rastbach; Angewandte: H. Glöck; (ämlich in Berlin). Verlag: Formaris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Verlag, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Wohnungstausch in u nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeile im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Patentier für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe** Bei allen Zeitungsänderungen und Höfen zu haben. Verlag und Hauptanzeilenannahme: **Zeitungsverlag (F.Z.) Aktiengesellschaft** Jerusalemer Str. 56 = Zensurprüfer: Dönhoff 3310-3312

Jumperwolle in der Höhe, Ordnung, Vollvertrieb Milano Alle Jakobstr. 92

Restehandlg. Haarpuder Goltzstr. 2

Arbeitsnachweisesetz mit Nebenbestimmungen erläutert von **Dr. jur. et phil. BERGER** und **W. DONAU** Oberregierungsrat und Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitvermittlung. Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes. Preis Goldmark 2,00. **J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. / Berlin SW 68, Lindenstr. 2**

Selten günstige Gelegenheit! **Prachtvolle Pelzmäntel** nur 280 GM **Prima Füchse nur 20 GM** Pelzjacken, sowie Pelzwaren aller Art zu spottbill. Preisen. **SW, Lindenstraße 10-19, vom 2 Tr.** Tel.: Dönhoff 238. * * * * * **Tabak und Zigaretten** nirgends billiger als bei dem **Tabak- u. Zig.-Vertreter R. W. Dietz** 37, Ede-Königsstr. Von 10 8. an.

Milliarden sparen Sie bei **BRICH SCHULZ** Neukölln, Kals.-Friedr.-Str. 22. in der Welchesstr. Für den Winter Strumpfwaren, Kinder-wäsche, Wollwaren, Damen-Schlüpfer, Wolle, Nähnarn.

Neu eröffnet! **Marken-Zigaretten** Garbaty, Problem, Salem, Dora, Irlis usw. mit unterm T. gespreis. Besuch inwend **Tabakwaren Großhandlg., Seydelstr. 21**